

19.12

**Abgeordneter Ing. Reinhold Einwallner (SPÖ):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Bundesminister! Herr Staatssekretär! Meine Damen und Herren! Wir behandeln hier ein Abkommen mit der Russischen Föderation, das Regeln festlegt, wie man sich im Katastrophenfall wechselseitig unterstützen kann. Dieses Abkommen beinhaltet einerseits Regeln, wie man Einsatzkosten, Schadenersatz und Entschädigungen untereinander verrechnet, und auf der anderen Seite auch Regeln betreffend Erleichterungen beim Grenzübertritt und die Art und den Umfang der Hilfeleistung.

Österreich hat mit sehr vielen Ländern solche oder ähnliche Abkommen, allerdings nicht mit allen Ländern und auch nicht mit allen Nachbarländern; das muss auch betont werden. Zum Beispiel mit Italien gibt es ein solches Abkommen nicht.

Unsere Fraktion steht solchen Abkommen natürlich nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber. Herr Bundesminister, im aktuellen Fall sehen wir allerdings den Zeitpunkt sehr, sehr kritisch. Wir sind der Meinung, dass jetzt der falsche Zeitpunkt ist, um ein solches Abkommen abzuschließen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich denke, wir dürfen die aktuelle Situation in Russland nicht aus dem Blick verlieren. Es ist außenpolitisch wie auch sicherheitspolitisch ein falsches Signal, das wir hier aussenden, gerade im Lichte der aktuellen Ereignisse auf der Krim oder auch der demokratiepolitischen und menschenrechtspolitischen Entwicklungen, die in Russland eindeutig in die falsche Richtung gehen. Aus diesem Grund haben wir auch im Ausschuss dafür plädiert, dieses Abkommen zu vertagen und nicht zum jetzigen Zeitpunkt zu ratifizieren.

Meine Damen und Herren, die Redezeit erlaubt es mir noch, ein, zwei Gedanken zu dem eben beschlossenen Waffengesetz zu formulieren. Ich sage Ihnen, ich bin sehr, sehr froh, dass es uns im Rahmen der Ausschussberatungen gelungen ist, mit dem Abänderungsantrag und dem Entschließungsantrag noch zwei Verschärfungen hineinzuverhandeln und einzubringen. Das halte ich für eine ganz, ganz wichtige und essenzielle Verbesserung dieses Waffengesetzes. Gleichzeitig bin ich der festen Überzeugung, dass wir mit dieser Novelle des Waffengesetzes die Grenzen der Liberalisierung erreicht haben.

Ich persönlich sehe privaten Waffenbesitz sehr, sehr kritisch, weil wir damit aus meiner Sicht die Sicherheit auf keinen Fall erhöhen. Dass verbreiterter Waffenbesitz nicht zu mehr Sicherheit führt, sehen wir bei allen aktuellen Krisenfällen weltweit. – So schaffe ich den Bogen zurück zu Russland, so gelingt mir das. (*Heiterkeit der Abgeordneten*

**Drozda und Leichtfried.**) Auch dort sieht man: Viel Waffen bedeuten auch viel Konflikt und viel Gewalt.

Meine Damen und Herren, unsere Bedenken hinsichtlich dieses Abkommens habe ich, glaube ich, ausgeführt. Es geht nicht vorrangig um die inhaltlichen Bedenken, die wir haben. Wir halten den Zeitpunkt jetzt einfach für den falschen, um ein solches Abkommen abzuschließen. – Danke schön. (*Beifall bei der SPÖ sowie der Abg. Zadić.*)

19.15

**Präsidentin Doris Bures:** Nächster Redner: Herr Abgeordneter Christian Ries. – Bitte.